

Das zweite Leben des Franz Huber

Der Urner Unternehmer hat sein Geld mit Öl verdient, jetzt hilft er Flüchtlingen – mit einer modischen Taschenmarke

ERICH ASCHWANDEN, SCHATTDORF

Franz Hubers ursprüngliches Business gilt für viele mittlerweile schon fast als Verbrechen: der Handel mit Benzin und Heizöl. Er ist Besitzer der Firma Hubrol. Die von seinem Grossvater gegründete Firma hält den Kanton Uri mit ihren Mineralölprodukten seit über sieben Jahrzehnten am Laufen. Der Einstieg in die Firma ist dem heute 69-Jährigen nicht leichtgefallen. Lieber hätte er als junger Mann Psychologie studiert, was ihm sein Vater damals mit Mühe und Not ausreden konnte. Wie von der Familie gewünscht, machte Huber eine kaufmännische Berufslehre. Er wurde in der Folge in Uri zu «Herrn Hubrol» und führte den Familienbetrieb bis im Alter von 55 Jahren. «Damals beschloss ich, über die Pensionierung hinaus zu arbeiten. Allerdings wollte ich nur noch das machen, was mir wirklich Spass macht. Ausserdem will ich der Welt als verantwortungsvoller Unternehmer etwas zurückgeben.»

Kritik an SP-Forderung

Für Huber heisst dies, dass er seit über zehn Jahren in einer ganz anderen Branche tätig ist und nicht mehr in erster Linie gewinnorientiert geschäftet. «Nur Geldverdienen reizt mich nicht, wir wollen etwas Sinnvolles machen», erklärt er. Zusammen mit seiner Frau Yvonne Herzog, die er als 46-Jähriger während einer Weiterbildung kennenlernte, gründete er den gemeinnützigen Verein Association Equilibre und rief das Integrationsprojekt Kokoté ins Leben. Das Wort Kokoté stammt aus dem Suaheli und heisst «Wohin?». Bei diesem Projekt stellen anerkannte Flüchtlinge inzwischen eine ganze Kollektion modischer Taschen und Accessoires für Privat- und Firmenkunden her. Seit einigen Monaten betreibt die Urner Manufaktur einen Shop mitten in der Zürcher Altstadt in der Stüssihofstatt 11.

Auf die Probleme der Flüchtlinge wurde Huber aufmerksam, als er als ehrenamtlicher Vermittler von Praktika und Lehrstellen für jugendliche Flüchtlinge tätig war. Bei diversen Gesprächen stellte er fest, dass es zwar viele Angebote für Jugendliche gibt, aber fast keine für Flüchtlinge, die älter als 26-jährig sind. Die Schweiz lasse diese



Kokoté hat seit kurzem einen Shop im Zürcher Niederdorf.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Menschen im Stich, kritisiert der Unternehmer. Dies, obwohl die hierher Geflohenen oft grosse Talente hätten. «Mich ärgern Politiker, die herausposaunen, die Schweiz solle 10 000 Afghanen aufnehmen. Die sich aber keine Gedanken machen, wie diese Leute integriert werden sollen», sagt Huber mit einem deutlichen Seitenhieb gegen die SP.

Wie Integration gelingen kann, zeigt sich im Kokoté-Atelier, das sich in einem Industriegebiet im umerischen Schattendorf befindet. Hier schneidet an diesem Montagmorgen Shukrye Heidary Teile für eine Kindergartentasche zu. «Ich bin froh, dass ich bei Kokoté eine Lehre als Textilpraktikerin machen kann. Eine Ausbildung zu haben, ist

sehr wichtig», sagt die Frau, die zusammen mit ihren drei Kindern und ihrem Mann vor sechs Jahren aus Afghanistan geflüchtet ist.

Die Syrerin Najiba Zadozaharo ist vor sechs Jahren im Rahmen des UNO-Resettlement-Programms in den Kanton Uri gekommen. Sie steht im zweiten Lehrjahr als Textilpraktikerin. Insgesamt sind es vierzehn Angestellte, die im Atelier eine Ausbildung absolvieren oder in Produktion oder Administration tätig sind.

Der Chef ist auch Coach

Franz Huber liess sich vor seinem Einstieg bei Kokoté zum systemischen Coach ausbilden. Systemisches Coaching ist ein Beratungsformat zur Unterstützung bei alltäglichen Fragen der persönlichen Lebensführung im beruflichen und privaten Bereich. Er sieht im Setting von Kokoté eine Win-win-Situation. Die Flüchtlinge hätten oft sehr gute handwerkliche Fähigkeiten, und einige hätten schon in ihrer Heimat professionell genäht. «Wenn es uns gelingt, diese Menschen ins Arbeitsleben zu integrieren, entlasten wir den Sozialstaat. Wer arbeitet, braucht keine Sozialhilfe», so bringt es der 69-Jährige auf den Punkt.

Doch allein mit der Schaffung von Ausbildungsplätzen für Erwachsene ist es nicht getan. So stehen einmal in der

Einmal in der Woche stehen die Nähmaschinen still. Die Flüchtlinge erhalten Zeit, um Deutsch zu lernen.

Woche die Nähmaschinen in Schattendorf still. Die Flüchtlinge erhalten Zeit, um Deutsch zu lernen. Ausserdem hilft ihnen während ihrer Anstellung eine Mentorin oder ein Mentor, damit sie mit den Lebensumständen in der Schweiz zurechtkommen. «So müssen Männer lernen, dass sie auch von Frauen kritisiert werden dürfen», betont Huber.

«Es ist sehr wichtig, dass wir die Landessprache beherrschen», sagt die Afghanin Amene Nuri. «Weil sie früh Deutsch gelernt haben und die Sprache nun beherrschen, können meine Söhne Lehren als Koch und Informatiker machen.» Ihr Landsmann Ali Ghorbani, der sich vom Lehrling zum stellvertre-



«Wir wollen etwas Sinnvolles machen.»

Franz Huber
Gründer von Kokoté

tenden Produktionsleiter hochgearbeitet hat, lernte auf diese Weise Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und andere für den Arbeitsmarkt notwendige Tugenden.

Inzwischen ist das Projekt im Kanton Uri bekannt und anerkannt. «In der Anfangsphase haben uns einige verächtigt, dass wir Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte ausbilden wollten», erinnert sich Huber. Ein Tag der offenen Tür, den die Manufaktur vor kurzem durchführte, wurde zu einem Publikumsereignis. «Von der Urner Regierung war allerdings noch niemand da, obwohl wir viel für die Integrationsarbeit leisten», stellt Huber trocken fest. Selber in die Politik einzusteigen, kam für den 69-Jährigen allerdings nie infrage. Dies im Unterschied zu seiner Schwester Gabi. Sie machte Karriere als erste Urner Regierungsrätin und vertrat den Gotthardkanton von 2003 bis 2015 im Nationalrat. Bekannt wurde Gabi Huber in erster Linie als gestrenge Präsidentin der FDP-Fraktion. Politisch hat Franz Huber mit ihr das Heu nicht immer auf derselben Bühne.

In den kommenden Jahren will er Kokoté wirtschaftlich so weit bringen, dass die Firma finanziell unabhängig vom Verein Association Equilibre wird, in dessen Beirat alt Bundesrätin Ruth Dreifuss und Eduard Gnesa, der ehemalige Direktor des Bundesamtes für Migration, sitzen. «Ich will keine Idee künstlich am Leben erhalten, sie muss sich auch wirtschaftlich bewähren», bekräftigt Franz Huber.

Die EWR-Debatte verlief anders als die heutige Schweizer Europapolitik

Neu veröffentlichte Protokolle von 1991 wecken Assoziationen mit der Gegenwart – doch trotz Parallelen gibt es einen wesentlichen Unterschied

TOBIAS GAFAFER

Auf den ersten Blick liegen die Ähnlichkeiten zur Diskussion um den EWR auf der Hand. Die seit Anfang Jahr einsehbareren Sitzungsprotokolle des Bundesrats von 1991 machen den Anschein, es habe sich seither wenig verändert. Damals wie heute wirkt die Regierung in der Europapolitik uneinig. Bei genauerer Betrachtung gibt es jedoch einen wesentlichen Unterschied. Vor dreissig Jahren war der Bundesrat in der Frage, wie er die Beziehungen zur EU gestalten soll, tief gespalten. Der damalige Schweizer Chefunterhändler, Franz Blankart, schilderte die Zerstrittenheit in einer Rede später so: «Ein Bundesrat war gegen den EWR und gegen den EG-Beitritt, zwei Bundesräte für den EWR und gegen den EG-Beitritt, zwei Bundesräte für den EWR und den EG-Beitritt und einer gegen den EWR und für den EG-Beitritt.»

EU-Beitritt kein Thema mehr

Zwar muss auch der amtierende Bundesrat wegen seiner unklaren Haltung in der Europapolitik immer wieder Kritik einstecken. Doch derart zerstritten wie 1991 ist er nicht. In die EU will kein

Regierungsmittglied, und auch eine weitergehende Integration mit dem EWR ist gegenwärtig kein Thema. Nicht einmal die zwei SP-Magistrate, deren Partei wieder mit einem EU-Beitritt liebäugelt, sprechen sich dafür aus. Vielmehr ist das Ziel des Bundesrats klar: Er will die Bilateralen weiterentwickeln, wozu Brüssel ohne eine Lösung der institutionellen Fragen aber nicht bereit ist. Bundespräsident Ignazio Cassis bekräftigt dieses Ziel zuletzt am Freitag in der «Arena» von SRF. Die Schweiz strebe geregelte Lösungen für eine Beteiligung am EU-Binnenmarkt an, sagte er. Uneinig ist der Bundesrat aber in der Frage, welcher Weg zu diesem Ziel führt – und was die Schweiz für die sektorielle Integration für einen Preis bezahlen soll.

Nach dem Verhandlungsabbruch beim Rahmenvertrag ist die Regierung dabei, ihre Position neu zu definieren. Das geplante Treffen zwischen Cassis und dem EU-Kommissar Maros Sefcovic am WEF, das inzwischen abgesagt werden musste, hat in Bern eine Dynamik ausgelöst. So zeichnet sich zumindest ansatzweise ab, welche Piste der Bundesrat weiterverfolgen könnte. Er strebt neuerdings an, die Streitpunkte mit der EU für jedes sektorielle Abkommen separat zu lösen. Brüssel verlangt

von der Schweiz ein klares politisches Bekenntnis und einen Plan.

Am kommenden Mittwoch dürfte sich der Bundesrat erneut mit dem Dossier befassen. Eine Einigung sollte einfacher sein als 1991, als sich die Regierung nicht einmal über das Ziel einig war – und sich dennoch zu einem klaren Mandat für das Ministertreffen in Luxemburg durchrang. Sie beschloss, ja zum EWR zu sagen und die Aussen- und Wirtschaftsminister zu ermächtigen, bekanntzugeben, dass der Bundesrat einen Beitritt zur EG anstrebe.

Das dauerhafte Provisorium

Ein Entscheid, der 1992 folgte, wirkt sich indes bis heute aus. Der Bundesrat beschloss mit vier zu drei Stimmen, ein Gesuch einzureichen, um mit der EG beziehungsweise der späteren EU Verhandlungen über einen Beitritt aufzunehmen. Das Gesuch war noch aktuell, als sich Bern und Brüssel nach dem EWR-Nein in jahrelangen Verhandlungen auf die bilateralen Abkommen einigten.

Die EU betrachtete die bilateralen Marktzugangsverträge, die im Gegensatz zum EWR ohne Institutionen auskommen, als Übergangslösung zum Beitritt. Doch seit klar ist, dass dies für die

Schweiz kein Thema mehr ist – 2016 zog Bern das Gesuch auch formell zurück –, beharrt sie auf einer Lösung der institutionellen Fragen. «Die Bilateralen waren als Zwischenschritt zu einem EU-Beitritt gedacht, sind aber zu einem dauerhaften Provisorium geworden», sagte Frédéric Journès, der französische Botschafter, in einem Interview mit der NZZ. Ein dauerhaftes Provisorium, das die EU in der heutigen Form nicht weiterführen will.

Trotz der unterschiedlichen Ausgangslage stellen sich nun ähnliche Fragen, wie es bereits 1991 der Fall war. Eine volle Integration in den Binnenmarkt wie mit dem EWR ist zwar kein Thema mehr. Im Kern geht es aber darum, ob die Schweiz für die partielle Teilnahme am Binnenmarkt eine befriedigende institutionelle Lösung erhält. Allerdings hat sich die Welt seit 1991 verändert. So sind die Aussagen, die die Bundesräte Kaspar Villiger und Otto Stich laut den Sitzungsprotokollen damals gemacht haben, in den Kontext der EWR-Verhandlungen zu stellen. Villiger sah die Schweiz «auf dem Weg eines Kolonialstaats mit Autonomiestatus», während Stich befürchtete, mit dem EWR drohe eine «Satellisierung der Schweiz».

In den damaligen Verhandlungen hoffte der Bundesrat, dass es mit dem EWR eine gleichberechtigte Mitbestimmung der Elita-Staaten geben würde. Der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, hatte 1989 mit einem Wirtschaftsraum der EG- und EFTA-Länder mit gemeinsamen Organen gelockt. Doch gleiche Rechte wie die EG-Mitgliedsstaaten zu erhalten, erwies sich als Illusion. Ein derartiges Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist für Brüssel seither kein Thema mehr, auch wenn Denkfabriken nach wie vor davon träumen. Vielmehr hat sich die Haltung der EU mit dem Brexit verschärft.

Wenn die Schweiz mit der EU eine Lösung will, wird sie um eine dynamische Rechtsübernahme kaum herumkommen. Die EWR-Staaten (Norwegen, Liechtenstein und Island) haben damit im Grossen und Ganzen gute Erfahrungen gemacht. Sie können zwar nicht mitentscheiden, aber bei der Ausarbeitung eines neuen Binnenmarktrechts frühzeitig ihre Anliegen einbringen («decision shapings»). Einen ähnlichen Mechanismus sah das gescheiterte Rahmenabkommen zwischen Bern und Brüssel vor, wobei die Schweiz ihre Position nicht mit den EWR-Partnern hätte absprechen müssen.